

Interpellation Jäger-Vilters-Wangs / Warzinek-Mels / Bühler-Bad Ragaz (32 Mitunterzeichnende)
vom 6. Juni 2016

Erhaltung des Militärpolizei-Kommandos in Heiligkreuz / Mels

Schriftliche Antwort der Regierung vom 13. Dezember 2016

Jens Jäger-Vilters-Wangs, Thomas Warzinek-Mels und Daniel Bühler-Bad Ragaz erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 6. Juni 2016 nach Bedeutung und Zukunft des Militärpolizei-Kommandos in Heiligkreuz / Mels.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Die Sicherheitslage in der Region Sarganserland-Werdenberg gibt aus Sicht der Regierung zu keiner Besorgnis Anlass. Die polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2015 weist für diese Region eine Häufigkeitszahl von 31,9 Delikten nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch (SR 311.0; abgekürzt StGB) auf 1'000 Einwohner aus. Dies liegt unter dem kantonalen Durchschnitt von 37,5 und deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 59,2. Im Mehrjahresvergleich ist seit dem Jahr 2009 – dem Beginn der schweizweit vereinheitlichten Kriminalstatistik – ein konstanter Rückgang der StGB-Delikte festzustellen: in der Region Sarganserland-Werdenberg ebenso wie in den übrigen Regionen des Kantons (mit Ausnahme der Jahre 2011 und 2012, in denen ein geringfügiger Wiederanstieg zu verzeichnen war). Für die gute Sicherheitslage im Kanton St.Gallen ist in erster Linie die Kantonspolizei St.Gallen verantwortlich, die nach der verfassungsmässigen Aufgabenteilung für die Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit zuständig ist. Dabei kann die Kantonspolizei auf die bewährte Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganisationen des Bundes zählen, insbesondere mit dem Grenzwachtkorps für Aufgaben im Grenzraum und der Militärpolizei für subsidiäre Unterstützungsaufgaben.
2. Dass Mels als Haupt- und Kommandostandort der Militärpolizei gemäss dem Stationierungskonzept der Armee aus Sicht der Regierung einen wichtigen Standort bildet, zeigte die Regierung bereits in ihrer Antwort vom 26. Mai 2015 zur Interpellation 51.15.24 «Verschwinden 50 Arbeitsplätze bei den Militärbetrieben in Mels?» auf. Sie betonte dabei die Bedeutung dieses Standorts, indem die Zusammenarbeit und die Absprachen mit den zivilen Sicherheitsorganisationen, namentlich mit der Kantonspolizei, vereinfacht würden und die Kräfte der Militärpolizei die zivilen Polizeikräfte in verschiedener Hinsicht unterstützten. Dies komme beispielsweise bei grossen Einsätzen (wie z.B. am World Economic Forum oder bei Personensuchaktionen) oder mittels besonderer Einsatzmittel – z.B. Betäubungsmittel- oder Sprengstoffhunde – zum Tragen.
- 3./4. An der Einschätzung der Regierung hat sich nichts geändert. Die Regierung hat daher, gestützt auf ihre vorerwähnte Interpellationsantwort, mit Schreiben vom 2. Juli 2015 den Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ersucht, das Stationierungskonzept der Armee unverändert weiterzuverfolgen und insbesondere den Kommandostandort Mels für die Militärpolizei unangetastet zu lassen. Die Regierung drückte in diesem Schreiben ihre Erwartung aus, dass die im Stationierungskonzept gemachten Zusagen bezüglich der Arbeitsplätze und Aufgaben der Militärpolizei in Mels eingehalten würden.

Mit Schreiben vom 19. August 2015 orientierte der Vorsteher des VBS die Regierung, dass die Armee den Planungsauftrag erhalten habe, gestützt auf den von der Bundesversammlung vorgegebenen Finanzplafond von fünf Mrd. Franken die möglichen Einsparungen aufzuzeigen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Armee ab dem Jahr 2019 keine längerfristigen Einsätze mehr zu Gunsten der zivilen Behörden leisten werde, womit die Hauptaufgabe der Mobilien Militärpolizei (namentlich die Botschaftsbewachungen) wegfallen werde.

Die Planungsarbeiten der Armee bezüglich der Militärpolizei liefen weiterhin in Richtung einer Zentralisierung der Kommandostrukturen in Sion VS. Auf Antrag des Vorstehers des Sicherheits- und Justizdepartementes (SJD) des Kantons St.Gallen beschlossen daher die Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren sowie die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr Ostschweiz, gemeinsam erneut beim Vorsteher des VBS zu intervenieren: Mit Schreiben vom 4. Mai 2016 teilten die beiden Konferenzen ihm ihre Besorgnis über diese Planungsarbeiten mit und betonten, dass die Sicherheitsdirektionen der Ostschweizer Kantone eine allfällige Aufgabe des Kommandostandorts Mels für falsch hielten und nicht mittragen würden. An der bewährten, engen und regionalen Zusammenarbeit zwischen der Militärpolizei und den Polizeikörpern der Kantone sei festzuhalten. Der Vorsteher des VBS stellte in der Folge mit Schreiben vom 24. Juni 2016 in Aussicht, dass – nebst dem unbestrittenen Militärpolizeiposten in Oberuzwil – vorgesehen sei, in Mels weiterhin einen Militärpolizeiposten zu führen sowie das neu zu schaffende Einsatzkommando Ost der Militärpolizei anzusiedeln. Zudem werde die Stationierung eines Detachements des Militärpolizei-Sicherheitsdienstes geprüft.

Am 31. August 2016 orientierte der Chef der Armee den Vorsteher des SJD über die definitiven Entscheide bezüglich Militärpolizeistandort Mels: Im Rahmen der – nicht zur Disposition stehenden – Zentralisierung der Kommandostrukturen in Sion VS werden zwei regionale Einsatzkommandi geschaffen: Kommando West in Payerne FR und Kommando Ost in Mels. Sodann werden in Mels das Einsatzkommando Ost des Militärpolizei-Sicherheitsdienstes, die Führungsunterstützung und Logistik sowie ein Militärpolizeiposten angesiedelt. Für diese Aufgaben sind in Mels 22 Mitarbeitende vorgesehen. Für weitere 25 Mitarbeitende der Militärpolizei bleibt Mels *vorläufiger* Dienstort: Diese sind als Angehörige des Militärpolizei-Sicherheitsdienstes bis voraussichtlich 2024 für Bewachungsaufgaben im Logistikcenter Hinwil ZH zuständig.

Gesamthaft bleiben somit von heute rund 50 Arbeitsplätzen der Militärpolizei in Mels wenigstens bis zum Jahr 2024 deren 47 erhalten. Die Regierung ist überzeugt, dass dieses erfreuliche Resultat dem engen Zusammenwirken des Gemeindepräsidenten von Mels mit dem Vorsteher des SJD, der wichtigen politischen Unterstützung aus der betroffenen Region sowie dem solidarischen Mitwirken aller Sicherheitsdirektionen der Ostschweizer Kantone zu verdanken ist.